

München, 21.08.2015

## SPD fordert Einsicht in verharmlosende Studie zu Pflanzengift Glyphosat

**Gesundheitsexpertin Müller: Behörde muss Informationen offenlegen - Verbot von Glyphosat gefordert**

Als Ungeheuerlichkeit bezeichnet die Agrar- und Gesundheitsexpertin der SPD-Landtagsfraktion, **Ruth Müller**, die Weigerung des Bundesinstituts für Risikoforschung (BfR), Einsicht in eine Studie zu gewähren, die die angebliche Unbedenklichkeit des Pflanzengifts Glyphosat belegen soll: "Es wird einfach gesagt, das Gift sei harmlos und als Beweis soll ein Bericht herhalten, der nicht überprüft werden kann. Da kann man natürlich alles behaupten, wenn man es nicht beweisen muss. Hier soll der Bürger eindeutig für dumm verkauft werden." Der Bericht müsse im Landtag vorgestellt und diskutiert werden.

Brisant ist die unorthodoxe Vorgehensweise des BfR vor allem deshalb, weil die Zulassung für Glyphosat im kommenden Jahr erneuert werden muss und sich die entscheidende Instanz, die EU-Kommission, in aller Regel blind auf die Empfehlungen des BfR verlässt. Dabei sind die Analysemethoden des BfR wissenschaftlich höchst umstritten, da das Institut sich auf Herstellerstudien verlässt und nicht auf unabhängige Forscher. Selbst schlichte Leserbriefe von Industrievertretern an Fachzeitschriften werden als "Studien" gewertet. Müller ist empört: "Hier dürfen Industrie-Lobbyisten einfach der Wissenschaft widersprechen, ohne einen Beleg für ihre Ergebnisse präsentieren zu müssen. Die Gesundheitsrisiken spielen keine Rolle, Hauptsache die Chemieindustrie profitiert. Das ist ein Skandal."

Die vermuteten Gesundheitsrisiken sind jedoch beträchtlich, wie ein Krebsforschergremium der Weltgesundheitsorganisation (IARC) kürzlich verkündete und dabei dem Herbizid eine mutmaßlich krebserzeugende Wirkung bescheinigte. Zudem soll es Missbildungen bei Neugeborenen hervorrufen. "Wenn nun aber auf einmal doch keinerlei Gefahr besteht, warum wird das dann nicht transparent und in aller Ausführlichkeit der Öffentlichkeit kommuniziert?", wundert sich Müller und fragt rhetorisch: "vielleicht, weil die Behauptung einer Überprüfung nicht standhält? Wir fordern Transparenz, um eine objektive Bewertung vornehmen zu können."

Glyphosat ist das am häufigsten eingesetzte Pflanzenvernichtungsmittel weltweit. Es tötet Unkraut und wirkt als Reifungsbeschleuniger bei Getreide. Müller fordert, den Einsatz bei stehendem Getreide sofort auszusetzen und die Verwendung in Privatgärten komplett zu verbieten. "So lange man eine Gesundheitsgefährdung nicht ausschließen kann, und es deutet

ja alles darauf hin, dass das genaue Gegenteil der Fall ist, darf das Gift nicht versprüht werden. Die menschliche Gesundheit geht vor und nicht der wirtschaftliche Profit", verlangt Müller.